

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

I-2

Januar/Februar 2001
DM 29,60



Das Thema:
*Reden,
die Geschichte machten*

Inhalt

Editorial

Aktuell

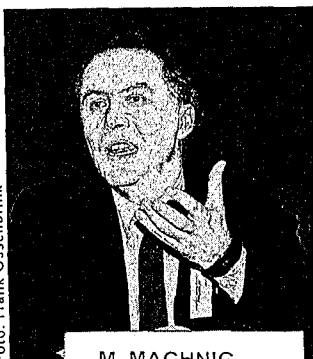
- 6 JOCHEN THIES
Deutschland, Europa und Amerika
- 9 Peter Glotz
Anmerkungen zum Kampf
gegen den Rechtsextremismus
- 14 KLAUS HARPPRECHT
Die Glosse:
Die Unschuld des Christen Friedrich Merz

Debatten

- 16 TOBIAS DÜRR
Es fährt ein Zug nach nirgendwo
- 20 DANIEL DETTLING
Partei im Zeitalter des digitalen Kapitalismus
- 24 RUDOLF SCHARPING
Ohne Gestaltungswillen keine Gestaltungsmacht

Das Thema: Reden, die Geschichte machten

- I. Stunde Null*
- 29 THOMAS MANN '45
Politik als »Kunst des Lebens«
(Von Wilhelm Schmid)
- II. Anfänge*
- 32 ERNST REUTER '48
»Völker der Welt, schaut auf diese Stadt«
(Von Martin Jander)
- 36 THEODOR HEUSS '52
Das Mahnmal. Rede in Bergen-Belsen
(Von Hermann Rudolph)
- 39 HERBERT WEHNER '60
Anerkennung der außenpolitischen Realitäten
(Von Heinrich Potthoff)



M. MACHNIG
Wir diskutieren Matthias
Machnigs Konzept einer Netz-
werkpartei.

III. Wandel

- 43 EGON BAHR '63
Ostpolitik in Tutzing
(Von Heinrich Potthoff)
- 47 ERNST BENDA '65
Keine Verjährung von NS-Verbrechen
(Von Wilhelm von Sternburg)
- 51 RUDI DUTSCHKE '67
Duell mit Habermas
(Von Tilman Fichter)

IV. Starre Fronten

- 54 FRANZ JOSEF STRAUSS '74
Als Sonthofen Geschichte schrieb
(Von Alexander Gauland)
- 57 HELMUT SCHMIDT '77
Londoner Rede tritt Nachrüstung los
(Von Oliver Thränert)

V. Neues Denken

- 60 GESPRÄCH MIT
RICHARD VON WEIZSÄCKER
Wort und Wirkung der 8.Mai-Rede

- 65 WILLY BRANDT '81
Den eigenen Weg neu finden
(Von Peter Glotz)

- 68 WALTRAUD SCHOPPE '83
Skandalöse Jungferrede einer Grünen
(Von Tina Stadlmayer)

VI. Die Wende

- 71 JENS REICH '89
Der freundliche Zivilist auf dem Alexanderplatz
(Von Marko Martin)
- 75 HELMUT KOHL '89
Die Dresdner Rede vor der Einheit
(Von Joachim Riecker)
- 80 MARTIN WALSER '98
»Brandstiftung« gegen die »Banalität des Guten«
(Von Fritz Göttler)



Willy Brandt wirbt um
eine Mehrheit »diesseits
der Union«.



Walter Dirks zum 100.

- 83 RITA SÜSSMUTH
Bis heute ein verpflichtendes Vorbild
- 85 ULRICH BRÖCKLING
Ein Publizist des zwanzigsten Jahrhunderts
DOKUMENTATION
- 90 **Walter Dirks:**
Mut zur Analyse und Utopie (1954)

Berliner Facetten

- Die Reportage**
- 95 CLAUDIA GLIEMANN
Die Zukunft des Schlossplatzes
- Das Porträt**
- 98 DORIS KUNZ
Der Übersetzer Max Meyerfeld
- Berliner Reden**
- 102 ELKE SCHUBERT
Schöneberger Rathaus, 10.11.'89
- Lokalitäten**
- 104 DOROTHEE KNAB
Das Theater »Aufbruch« in der JVA Tegel

Kritik

- 107 JÜRGEN BUSCHE
Kohl ist sein eigener Kujau
- 108 NORBERT SEITZ
Eine erste Bilanz der Parteispendenaffäre
- 111 JOACHIM RIECKER
Sibylle Krause-Burger beobachtet Gerhard Schröder
- 112 SUSANNE MILLER
»Religion ist keine Privatsache!«
- 114 ROLAND H. WIEGENSTEIN
Die Gesammelten Briefe Walter Benjamins
- 118 IRING FETSCHER
Darf man das Verbrechen am jüdischen Volk zu erklären versuchen?
- 121 DETLEF HORSTER
3 x postum Niklas Luhmann
- 123 JOCHEN RACK
Der Urfaust des Peter Weiss
- 125 **Zum Tode von Klaus Bloemer**
- 127 ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN
- 128 IMPRESSUM
Titelfoto: dpa

Der Schulterchluss mit den USA bedeutete für jede Partei in der Bundesrepublik ein großes Plus. Dass Herbert Wehner mit seiner Rede dafür Pflöcke einrammte, entbehrte nicht einer gewissen Ironie. Denn »Onkel Herbert« war nun wirklich nicht kein dezidiert Atlantiker wie Willy Brandt oder Fritz Erler. In der Verknüpfung der Botschaften mit der Person und dem Politiker Herbert Wehner lag der außergewöhnliche Rang. Die Rede – mit der die Parteiführung ihren »Gemeinsamkeitskurs« festzurte, konnte am wirkungsmächtigsten nur von ihm gehalten werden. Die SPD erkannte damit die in der Adenauer-Zeit geschaffenen Realitäten der festen Westverankerung an.

Literatur:

Abdruck der Rede u.a. in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 46, S. 7052-7061; Herbert Wehner, Bundestagsreden mit einem Vorwort v. Willy Brandt, 2. Aufl. Bonn 1971, S. 197-215.*

III. Wandel

EGON BAHR '63 Ostpolitik in Tutzing Von Heinrich Potthoff

Wer von der Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt redet, dem fällt fast sofort das Wort vom »Wandel durch Annäherung« ein. Geprägt wurde es von Egon Bahr in einer Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing im Juli 1963. Äußerer Anlass war das zehnjährige Bestehen des Politischen Clubs, in dem Poliiker, 'ublizisten und Wissenschaftler alljährlich im kleinen Kreis aktuelle Themen debattierten. Doch zu einem Begriff wurde Tutzing erst durch die Thesen Bahrs. Ausgewiesen waren sie eher bescheiden als »Diskussionsbeitrag« zu einer Rede Willy Brandts.

Obwohl Bahr in seinen Ausführungen den verpönten Begriff »DDR« sorgfältig mied, sorgten sie für helle Aufregung. Wenige Jahre später galten sie als ein Meilenstein der konzeptionellen Erarbeitung einer neuen deutschlandpolitischen Orientierung. Und schließlich avancierte »Wandel durch Annäherung« in vielen Köpfen zu dem großen, theoretischen Modell der Ost-, Entspannungs- und Deutschlandpolitik, die ursächlich für den historischen Prozess war, der 1989/90 im friedlichen Wandel und der deutschen Einigung mündete.

Als Willy Brandt und Egon Bahr 1963 ihre Tutzinger Auftritte planten, waren die Ansprüche noch weit bescheidener. Egon Bahr, damals Senatspressesprecher, gehörte mit Bürgermeister Heinrich Albertz und Klaus Schütz (zeitweilig noch Dietrich Spangenberg) zum engsten Beraterkreis Willy Brandts. In dieser sog. »Vier-Bande«, die auch als »Heilige Familie« apostrophiert wurde, debattierte man über die Konsequenzen, die sich durch den Mauerbau 1961 ergaben, und rang um Konzepte für eine Politik menschlicher Erleichterungen und deutsch-deutscher Kommunikation.

Einen ersten »Versuchsballon« startete Heinrich Albertz im Sommer 1962 in einem SPIEGEL-Gespräch. Nachdem der Senat im Zorn über den Mauerbau 1961 eine Ausstellung von Aufenthaltsscheinen für den Ostteil der Stadt unterbunden hatte, suchte er nun nach Wegen für eine Passierscheinregelung. Albertz öffentliche Erwägungen über Mechanismen und Garantien, die der DDR-Führung die Furcht vor einer Fluchtbewegung nehmen sollten, lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Doch Brandt stellte sich schützend vor seinen Innensenator wie später vor seinen Vordenker Egon Bahr. Das Umdenken brauchte Zeit und Tabus hielten sich zäh.

Der Mauerbau markierte eine Zäsur. Er zerriss den Schleier der Illusionen von der alten Deutschlandpolitik Adenauers, und die

Bühne war leer. Der Status quo in Europa wurde an der gefährlichsten Schnittstelle des Ost-West-Konfliktes zementiert. Die Realität eines ungeliebten, zweiten deutschen Staates, der die Deutschen durch Mauer und Stacheldraht trennte und die Zugangswege nach Berlin(West) kontrollierte, war nicht mehr zu leugnen. Die West-Alliierten wollten sich von den *querelles allemandes* nicht mehr stören lassen und nahmen die Mauer hin. Als Peter Fechter am 17. August 1962 an der Mauer verblutete und ihm niemand vom Westen her half, wurde dies in aller Härte sichtbar. Bei der Kuba-Krise, die sich im Oktober 1962 gefährlich zuspitzte, steckte Chruschtschow schließlich zurück und beide Supermächte verständigten sich auf einen Handel mit wechselseitigen Zugeständnissen. Gerade die Erfahrung der Doppelkrise um Berlin und Kuba führte beiden Seiten dramatisch die Gefahren einer möglichen atomaren Vernichtung vor Augen. Washington und Moskau suchten nach einem Modus Vivendi zur Kriseneindämmung und *Détente*, nötigenfalls auch über die Köpfe der zögerlichen Bonner Regierung hinweg.

Kommentar von Wehner:

»Ba(h)rer Unsinn!«

Tastende Versuche der Berliner Sozialdemokraten um Willy Brandt, über verdeckte Kanäle mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen, wurden von der CDU blockiert, aber bei den Berliner Wahlen vom 17. Februar 1963 vom Wähler honoriert. Zuspruch erfuhren sie von us-Präsident John F. Kennedy. In einer wegweisenden Rede hatte er am 10. Juni 1963 seine »Strategie des Friedens« vorgestellt. Sie baute im »Zeitalter atomarer Vernichtung« auf das »natürliche Interesse« beider Seiten am Stopp des Wettrüstens und einem »wirklichen Frieden« und propagierte eine Politik »konstruktiver Veränderungen«. Brandt und seine Crew wurden vom charismatischen Kennedy bei seinem Deutschland-Besuch im Juni 1963 nicht nur demonstrativ gestützt, sondern auch ermu-

tigt, die »Strategie des Friedens« durch eine auf Deutschland bezogene Konzeption zu ergänzen und umzusetzen. So forderte er in dem symbolträchtigen Berlin dazu auf, alles zu tun, damit für die Menschen im Osten »die Verbindung mit der westlichen Gemeinschaft« gewahrt wird.

Die Zeit für einen verbesserten und Erfolg versprechenderen »Versuchsballon« schien reif. Und so notierte Bahr bei der Tutzing-Planung für Brandt: »Es könnte nützlich sein, wenn besonders brisante Dinge nicht von Ihnen gesagt werden. Mein Thema könnte so gefasst werden, dass es eine Ergänzung Ihres Vortrages wird.« An Brandts Rede war lange gefeilt worden. Der Regierende Bürgermeister zog eine umfassenden Bilanz der innen- und außenpolitischen Lage. Vorsichtig verpackt, es gehe »nicht um umwälzende Änderungen«, sondern um »Korrekturen und neue Akzente«, begründete er eine Konzeption zum Aufbrechen der starren Fronten zwischen Ost und West, die zur »Transformation der anderen Seite beitragen« könne. Sie gründe auf der »simplen Erkenntnis, dass es keine andere Aussicht auf die friedliche Wiedervereinigung unseres Volkes« gebe und »eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion«, »nicht gegen sie« möglich sei.

In dem Beitrag Bahrs gab es eine Fülle von Parallelen bis hin zu einer fast identischen Wortwahl. Wie Brandt berief er sich ebenfalls auf Kennedys »Strategie des Friedens« und knüpfte daran Überlegungen und Strategien für die besondere deutsche Situation. Eine Konsequenz sei, »dass die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet«. Erstmals formulierte Egon Bahr in Tutzing jene später immer wieder zitierte und als Wesenszug der neuen Ostpolitik beschworene Paradoxie: »Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll.« Wie Brandt sah er das Deutschland-Problem als Teil des Ost-West-Konfliktes und den »Schlüssel« zur Lösung der deutschen Frage in Moskau. Fast wortgleich hieß es: »Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind

nur mit der Sowjetunion zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjetunion, nicht ohne sie.« Heute sei »klar, dass die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluss an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozess mit vielen Schritten und vielen Stationen.«

Mit der ihm eigenen intellektuellen Schärfe ging Egon Bahr das brisanteste Thema »Zone« an. Jede »Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben« sei aussichtslos. Erleichterungen ließen sich »nur mit dem Regime drüben« erreichen. Diese »Folgerung« sei bitter, »aber sie ist logisch. Sie bedeutet, dass Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zurzeit dort herrschenden verhassten Regime erreichbar sind.« Bahr sprach sich für materielle Hilfen aus, um »drüben« die Unzufriedenheit unserer Landsleute« zu dämpfen. Denn so würde die Gefahr »unkontrollierter Entwicklungen« gebannt, die »zu zwangsläufigen Rückschlägen führen« würden. Er sehe »nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, dass sich dadurch nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlages ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde.« Es komme darauf an, dem SED-Regime die »durchaus berechtigten Sorgen« um seine Existenz »soweit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: »Wandel durch Annäherung.«

Bahrs Tutzinger Rede löste heftige Reaktionen aus. Nicht nur aus den Reihen der Unionsparteien und von konservativen Publizisten hagelte es Kritik. Auch in der SPD erregte sie Ärger. Von Herbert Wehner kam ein »ba(h)rer Unsinn«, die Berliner SPD wie andere Sozialdemokraten distanzieren sich und selbst Willy Brandt war nicht glücklich über die »Tutzing-Polemik« und verärgert, dass Bahr

seine Rede über den Pressedienst verbreiten ließ und so für Publizität sorgte. Zustimmung äußerten sich damals nur wenige, so der Linksliberale Karl-Hermann Flach.

Im Osten war die Reaktion auf »Wandel durch Annäherung« gespalten. Als »Aggression auf Filzlatzchen« soll der damalige DDR-Außenminister Winzer sie abqualifiziert haben. Auf der anderen Seite sah die SED-Führung darin die Chance, der ersehnten Anerkennung wenigstens ein Stück näher zu kommen. Der Lackmустest kam mit den Passierscheinverhandlungen, bei denen erstmals die praktische Umsetzung ausgelotet wurde. Zwischen dem Ziel, die Mauer im Interesse der Menschen durchlässiger zu machen, und dem Anerkennungsstreben des DDR-Regimes lief ein schmaler Grat. Die Ambivalenz markierte den Weg, den die beiden deutschen Staaten in ihrer operativen Deutschland-Politik von den »kleinen Schritten« bis zum Grundlagenvertrag und darüber hinaus beschritten.

Status quo akzeptieren, um ihn zu verändern

Bahrs Tutzing-Rede hatte mit einem Tabu gebrochen und die schmerzliche Logik glasklar formuliert, dass menschliche Erleichterungen und schließlich eine Lösung der deutschen Frage nur in Kooperation mit den Mächtigen in Moskau und Ost-Berlin denkbar und möglich sei. »Wandel durch Annäherung« wurde zum Leitmotiv für die Neuorientierung der westdeutschen Ostpolitik und später fast zum Sammelbegriff für die sozialdemokratische Ost-, Deutschland-, Entspannungs- und Friedenspolitik. Egon Bahr gilt als ihr Vordenker und Architekt, als der geschickte, zähe Verhandler bei schwierigen Missionen und weitgehend auch als ihr autorisierter Interpret. In der Grundkonzeption, dass der Status quo zunächst zu akzeptieren war, um ihn langfristig zu verändern, gab es eine langjährige Kontinuität und eine weitgehende Übereinstimmung. Bahr hat mit seinen Analysen und Konzepten, seiner Überzeugungskraft und seinem Mediengeschick nicht nur das außenpolitische Erscheinungsbild der SPD über Jahrzehnte entscheidend geprägt, sondern das deutschland- und ostpolitische Denken der politischen Klasse der Bundesrepublik insgesamt maßgeblich beeinflusst.

Das 1963 in Tutzing vorgestellte Konzept war ein in sich schlüssiges Modell für eine Politik, die auf menschliche Erleichterungen, einen Abbau von Barrieren und die Herstellung eines Klimas des Vertrauens baute, in dem Wandel erst möglich wurde. Und die Zeit war dafür reif und die Ermutigung durch die westliche Führungsmacht USA vorhanden. Egon Bahr war ein deutscher Patriot und er dachte vor allem in den Kategorien der Nation. Er baute auf Interessen, auf Berechenbarkeit und die Überwindung der Blockkonfrontation durch ein übergreifendes europäisches Sicherheitssystem. Seine auf Moskau fixierte, etatistisch ausgerichtete Strategie der Kabinetts- und Geheimdiplomatie fast im Stile Bismarcks diente vor allem den Belangen der Deutschen und der Bewahrung

der Option auf eine Wiederherstellung der Einheit. Die Verankerung im westlichen Vertrags- und Sicherheitssystem war für ihn ein Mittel zum Zweck, nicht das Ziel, erst recht nicht die Vertiefung der europäischen Integration. Doch diese verbaute nicht den Weg zur deutschen Einheit, sondern erst dadurch wurde sie für die Nachbarn erträglich. Die Sicherheitspakete, jedenfalls die NATO, wurden nicht aufgelöst und durch ein europäisches Sicherheitssystem ersetzt, sondern die NATO wurde bis zur Oder-Neiße und später sogar darüber hinaus ausgedehnt.

»Wandel« nach Bahr baute darauf, dass sich die Staaten annäherten, damit sich die Zone, so in Tutzing, und später vorsichtiger formuliert, die Beziehungen zwischen ihnen wandeln könnten. Das deutete auf die in Mode kommende Konvergenztheorie, und zumindest Teile der Sozialdemokratie tendierten später durchaus in diese Richtung. Mit dem Freiheitsverständnis der westlichen Demokratie war dies allerdings schwerlich zu vereinbaren, und auch die Magnet-Theorie ist nicht gescheitert, sondern kam schließlich zum Tragen. Denn 1990 schloss sich eine nun grundlegend »gewandelte« DDR einer in ihrer freiheitlich-demokratischen Substanz nicht »gewandelten« und gerade deshalb attraktiven Bundesrepublik an.

Stabilität war für Egon Bahr, aber nicht nur für ihn, das Schlüsselwort. Der Metternich der *Détente* oder der Metternich der Linken, wie er apostrophiert wurde, fürchtete nichts so sehr wie unkontrollierbare Entwicklungen. Schon in den 60er Jahren hatte Harold Hurwitz freundschaftlich gemahnt, »es wäre nicht richtig, ein handelndes Volk aus dem Spiel lassen zu wollen«. Als sich die Menschen 1989 nicht mehr mit homöopathischen Dosen begnügten, sondern das Heil in der starken Medizin Freiheit suchten, das System ins Wanken und zum Einsturz brachten und schließlich die deutsche Einheit vorantrieben, gab es weder einen »revolutionären Rückschlag« noch griffen die Sowjettruppen ein. Der Wandel im östlichen

Europa, von SOLIDARNOSC in Polen bis zur samtenen Revolution in der CSSR, wurden entscheidend vom Volk erwirkt.

Die Prognose, wenn »die Gefahr besteht, dass eine Lawine losgetreten wird, werden wir alle gegen uns haben«, traf nicht ein. Die 1989 ausgelöste Lawine war nicht mehr zu bremsen. Als das Blockdenken wich und Wandel möglich wurde, schlug die Stunde des Volkes. Erst durch den Mut und den Freiheitswillen der Menschen in der DDR eröffnete sich die »Chance zur endgültigen Schaffung einer freien demokratischen deutschen Nation in Einheit.«

Quellen:

Abdruck der Rede u.a. in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, IV. Reihe, Bd. 9, Frankfurt/M. 1978, S. 572–575; Egon Bahr, *Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel zur Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft*, München/Wien 1991, S. 12–17.